

CDU SPD GAL Die Linke FDP
**Fraktionen in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
und Gruppe Nordabgeordnete**

An den
Vorsitzenden der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Herrn Dr. Jens Wolf

Hamburg, den 10.11.2010

Interfraktioneller Antrag

Betr.: Unterbringung von Zuwanderern und Wohnungslosen in Haus 1 und 2 des ehemaligen Pflegeheims Alsterberg und in der ehemaligen Unterkunft Borsteler Chaussee 299

hier: Anhörungsrecht der Bezirksversammlung bei Standortentscheidungen gem. § 28 BezVG

Zu der beabsichtigten Unterbringung von Zuwanderern und Wohnungslosen in der ehemaligen Pflegeeinrichtung am Alsterberg nimmt die Bezirksversammlung wie folgt Stellung:

Die Bezirksversammlung erkennt an, dass die Freie- und Hansestadt Hamburg Ihren Verpflichtungen u.a. aus Art. 16a Grundgesetz zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen und Zuwanderern nachkommen muss. Gleiches gilt auch für die notwendige Hilfe für Personen, die wohnungslos sind oder davon bedroht sind. Auch der Bezirk Hamburg-Nord ist wie in der Vergangenheit bereit, hierzu einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Vor diesem Grund nimmt die Bezirksversammlung von den Planungen zustimmend Kenntnis die Häuser 1 und 2 des ehemaligen Pflegeheims Alsterberg und die Unterkunft in der Borsteler Chaussee 299 für den Unterbringungsbedarf im vorgestellten Umfang zu nutzen.

Da die Fläche seit langem für den Wohnungsbau vorgesehen war, geht die Bezirksversammlung davon aus, dass die vorgesehene Nutzung zunächst auf einen Zeitraum von fünf Jahren angelegt ist und F & W für eine ausreichende Betreuung der unterzubringenden Menschen sorgt.

Soweit in einzelnen Fachbereichen des Bezirksamtes Mehrbedarfe entstehen und nicht mehr vom Bezirksamt aus eigener Kraft aufgefangen werden, geht die Bezirksversammlung davon aus, dass ggfs. das Bezirksamt ggfs. mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt wird.

Als Voraussetzung wird von der Bezirksversammlung weiterhin angesehen, dass die die BSG bzw. F&W sich unverzüglich von den anderen Flächen des ehemaligen Pflegeheimkomplexes trennen, um diese umgehend Wohnungsbauzwecken zuzuführen.

Die Bezirksversammlung geht davon aus, dass das Gelände des Pavillondorfs Sengelmanstraße nicht über den 30.06.2012 hinaus für Unterkunftszwecke genutzt wird, weil an diesem Standort unverzüglich die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs realisiert werden sollen.

CDU-Fraktion	Dr. Andreas Schott
SPD-Fraktion	Thomas Domres
GAL-Fraktion	Michael Werner-Boelz
Die Linke-Fraktion	Peter Heim
FDP-Fraktion	Claus-Joachim Dickow
Gruppe Nordabgeordnete	Siegfried Diebolder